

ZUKUNFT

# Der Pflegefall

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wird stark zunehmen. Eine Studie zeigt die Situation in den Städten und Landkreisen im Jahr 2030 – und prognostiziert einen dramatischen Mangel an Betreuungskräften.

**D**er einen Leid, der anderen Sicherheit. 17 Schüler sitzen in einem Hamburger Klassenraum, auf dem Stundenplan steht eine heimtückische Krankheit: multiple Sklerose.

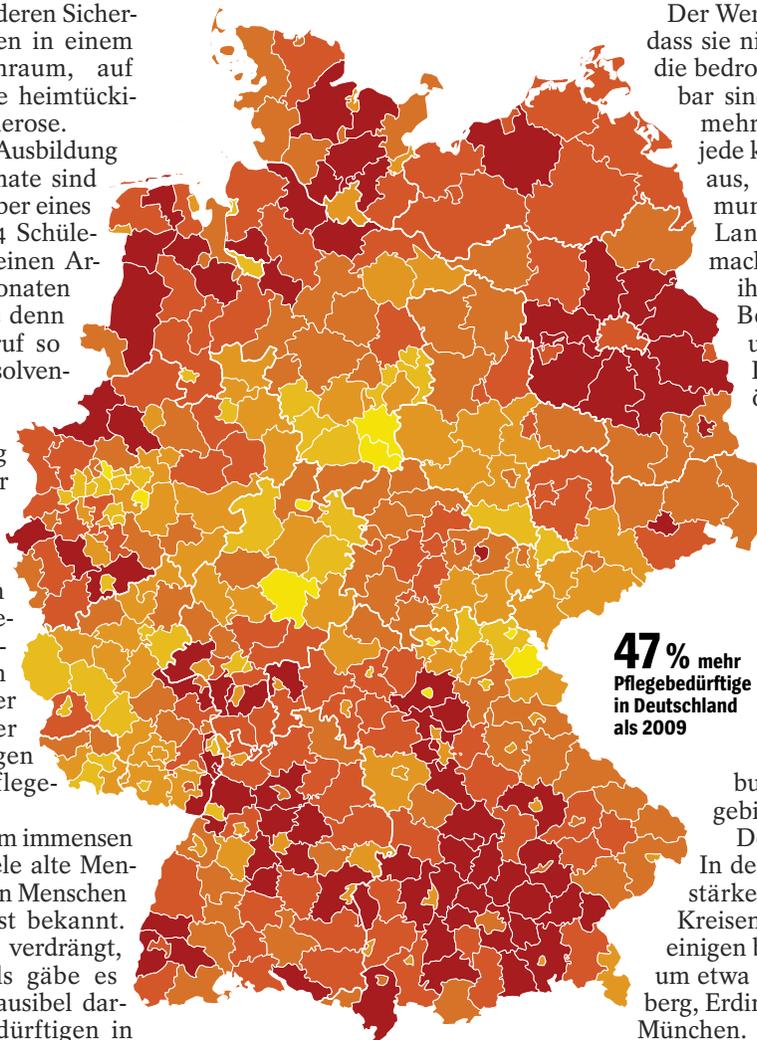
Es ist das dritte Jahr ihrer Ausbildung zum Altenpfleger, acht Monate sind es noch bis zum Abschluss, aber eines wissen die 3 Schüler und 14 Schülerinnen bereits: Sie werden einen Arbeitsplatz haben – in acht Monaten und bis zur Rente, wenn sie denn in dem anstrengenden Beruf so lange durchhalten. „Alle Absolventen können sich die Jobs aussuchen“, sagt Petra Büse, die in der Geschäftsleitung der Hamburger Caritas für die Berufsschüler zuständig ist.

Das Personal sei so knapp, dass manche Institutionen schon Spezialisten einschalteten, um überhaupt noch Pflegefachkräfte zu finden. In dem Land, das sich seiner Dichter und Denker, Tüftler und Ingenieure rühmt, jagen Headhunter neuerdings Pflege-schüler.

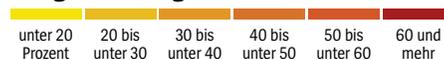
Dass Deutschland vor einem immensen Problem steht, weil sehr viele alte Menschen deutlich weniger jungen Menschen gegenüberstehen werden, ist bekannt. Doch das Problem wird oft verdrängt, manchmal kleingeredet, als gäbe es nicht die Prognosen, die plausibel darlegen: Auf einen Pflegebedürftigen in Deutschland sollen in knapp vier Jahrzehnten nur 14 andere kommen, Kleinkinder eingerechnet.

Die Bertelsmann Stiftung legt nun Daten vor, die einen Blick ins Jahr 2030 erlauben sollen. Es gehe darum, „die Diskussion um den tatsächlichen oder drohenden Pflegenotstand auf eine möglichst sachliche Grundlage zu stellen“, sagt Stiftungsvorstand Brigitte Mohn. Kommune für Kommune haben Wissenschaftler und Pflegeexperten im Auftrag der Stiftung zu errechnen versucht, wie die Situation 2030 sein wird.

Herausgekommen ist ein Atlas des Mangels, das Bild einer Bundesrepublik



**Zunahme der Pflegebedürftigen von 2009 bis 2030**



als Pflegefall, in der die Not mal groß, mal größer sein wird. Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass 2030 die Zahl der Pflegebedürftigen um fast die Hälfte gestiegen sein wird, auf knapp dreieinhalb Millionen. Die Studie der Bertelsmann Stiftung kommt auf dieser Grundlage zu dem Schluss, dass dann rund eine halbe Million Vollzeitkräfte im Pflege-sektor fehlen werden.

Der Wert der neuen Studie liegt darin, dass sie nicht nur solche Zahlen nennt, die bedrohlich klingen, aber kaum fassbar sind. Die Experten weisen vielmehr Daten für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt in Deutschland aus, also für insgesamt 402 Kommunen. Die Bürgermeister und Landräte sollen sich ein Bild machen können, was auf sie und ihre Nachfolger zukommt. Die Bertelsmann Stiftung will darum in dieser Woche detaillierte Daten auf einer Website veröffentlichen ([www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)).

Das Bild ist nicht überall dramatisch, mancherorts werden 2030 wohl nicht wesentlich mehr Menschen als heute pflegebedürftig sein. Einen Anstieg um weniger als ein Fünftel prognostizieren die Experten für neun Kreise und Städte: Goslar, Osterode am Harz, Gelsenkirchen, Vogelsbergkreis, Hagen, Kassel, Bamberg, Coburg und Wunsiedel im Fichtelgebirge.

Doch das sind die Ausnahmen. In der Regel kommt es zu deutlich stärkeren Zuwächsen, in etlichen Kreisen um mehr als 70 Prozent, in einigen bayerischen Kommunen sogar um etwa das Doppelte: Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstfeldbruck, München.

„In vielen Landkreisen wird es zu erheblichen Versorgungsproblemen kommen, wenn heute nichts geschieht“, sagt Heinz Rothgang vom Bremer Zentrum für Sozialpolitik. Gemeinsam mit anderen Autoren der Studie hat er auch versucht zu errechnen, wie viele Kräfte im Pflegebereich im Jahr 2030 verfügbar sein werden – und wie viele benötigt werden.

Wiederum ergibt sich kein einheitliches Bild für die Bundesrepublik, aber wiederum ein erschreckendes für viele Städte und Kreise. Die Forscher haben dabei berücksichtigt, wie viele Arbeitskräfte in der Region generell zur Verfügung stehen werden; und sie legen die Erwartung zu-



Seniorinnen, Betreuerin in Marienrachdorf

THEODOR BARTH / DER SPIEGEL

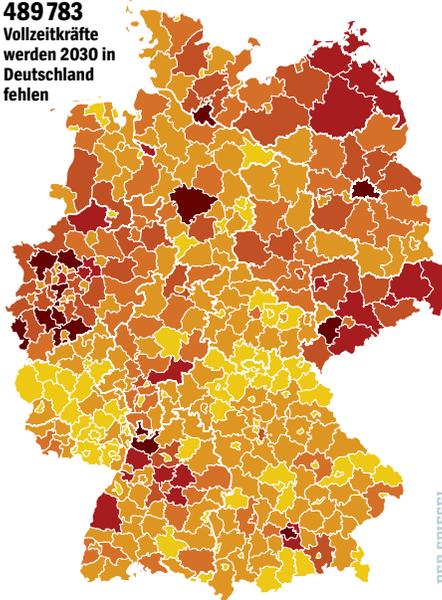
grunde, dass der Anteil der Menschen, die von ihren Angehörigen gepflegt werden, weiterhin sinken wird.

Natürlich kann man daran zweifeln, dass alle Annahmen so eintreffen, natürlich muss man die Ergebnisse als eine Größenordnung und nicht als genaue Angabe des erwarteten Mangels verstehen. Bei den Personalprognosen sind auch Nichtpflegekräfte eingerechnet, etwa Köche und Verwaltungsmitarbeiter, die etwa ein Drittel der fehlenden Kräfte ausmachen und vielleicht einfacher zu gewinnen sind; und nicht einkalkuliert wurde in der Studie, inwieweit möglicherweise Pflegekräfte aus dem Ausland das deutsche Problem lösen können.

Aber sollte es einen nicht sorgen, wenn in einem Kreis wie Recklinghausen nach gründlicher Berechnung im Jahr 2030 nicht weniger als 4421 Vollzeitkräfte fehlen werden?

Dort kämpfen schon heute 33 Pflegeheime, diverse ambulante Pflegedienste und die örtlichen Krankenhäuser um Personal. Christoph Odenkirchen, Leiter des Caritashauses St. Hedwig, und seine Mitarbeiter besuchen deshalb regelmäßig Projektwochen von Schulen, manchmal werben sie auch mit einem Stand auf dem Wochenmarkt um neue Kollegen. „Auch

**489783**  
Vollzeitkräfte  
werden 2030 in  
Deutschland  
fehlen



DER SPIEGEL

**Fehlende Vollzeitkräfte**  
nach Kreisen im Jahr 2030\*

unter 600	600 bis unter 1200	1200 bis unter 1800	1800 bis unter 2400	2400 bis unter 3000	3000 und mehr
-----------	--------------------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------

\* ambulant und stationär  
Berücksichtigt wurden jeweils der Anstieg der Pflegebedürftigen (Karte links); Prognosen zu Arbeitskräften und Angehörigenpflege.  
Quelle: Bertelsmann Stiftung, Themenreport „Pflege 2030“

in Grundschulen war ich schon“, sagt Odenkirchen.

Wenn es zu Vorstellungsgesprächen kommt, stelle er immer dieselben Fragen, um die Motivation der Bewerber zu testen: „Wollen Sie sich das wirklich antun, diesen miesen Job? Sieben Tage die Woche 24 Stunden lang?“ Wer ja sagt, kann nach einigen Berufsjahren mit 2200 Euro brutto im Monat rechnen, so viel verdienten Pflegefachkräfte in seinem Haus, sagt Odenkirchen.

Zu den derzeit 78 Bewohnern zählt Bärbel Korun, eine Frau mit schlohweißem Haar. Als stellvertretende Landrätin für den Kreis Recklinghausen war sie selbst mal für den Bereich Soziales und Pflege zuständig. „Ich erinnere mich noch an Zeiten, als der Heimplatz 300 Mark im Monat kostete“, sagt Korun. Heute müssen Bewohner je nach Pflegestufe und Heim das Zehnfache zahlen. Korun sagt, sie und ihr Mann hätten ihr Eigenheim verkaufen müssen, um sich die Pflege leisten zu können.

Die Kosten sind der Grund dafür, dass sich der Staat und die Sozialversicherungen so schwertun, die Versorgungslücke zu schließen, viele Milliarden Euro wären nötig. Und die Kosten sind der Grund dafür, dass manche Familien bereits ins Aus-



JORG MÜLLER / AGENTUR FOCUS

**Auszubildende der Caritas in Hamburg: Headhunter jagen Pflegeschüler**

land ausweichen. Beschämende Bilder sind es, die derzeit in vielen Zeitungen und Fernsehsendungen zu sehen sind, Bilder von deutschen Greisen in ausländischen Pflegeheimen.

Dort leben die alten Menschen fern ihrer Lieben und ihrer Heimat, umgeben von Menschen, deren Sprache sie nicht verstehen, und exportiert wie eine Ware, weil Pflege in Deutschland zu einem Luxus geworden ist: Slowakei statt Schwäbisch Hall, Tschechien statt Tuttlingen. Ein unwürdiger Zustand für ein Land, das sich Pflege als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ ins Sozialgesetzbuch geschrieben hat.

Eine Patentlösung haben auch die Experten in der Bertelsmann-Studie nicht zu bieten. Sie zeigen immerhin auf, wie sich das Problem verkleinern, die Personallücke bestenfalls um die Hälfte reduzieren ließe. Dafür müsste, erstens, der Trend gestoppt werden, dass immer weniger Menschen ihre Angehörigen pflegen. Und, zweitens, müsste das Angebot ambulanten Pflege ausgebaut werden, so dass nicht ganz so viele Heimplätze benötigt würden.

Diese Richtung schlug kürzlich der SPD-Fraktionschef im rheinland-pfälzischen Landtag, Hendrik Hering, ein. Er sei dafür, dass keine großen Alten- und Pflegeheime mehr gebaut werden. Dafür wurde er gescholten, etwa von der CDU-Opposition im Mainzer Landtag und von der örtlichen Pflegegesellschaft, einem Lobbyverband der rheinland-pfälzischen Pflegeeinrichtungen. Aber Hering bleibt bei seiner Meinung: „Wir brauchen keine weiteren Großeinrichtungen mehr, son-

dern individuelle, dezentrale Angebote für Alte und Pflegebedürftige.“

Die Zukunft könnte aussehen wie Marienrachdorf im Westerwaldkreis. Mitten im Ort, direkt an der Kirche, steht ein renovierter Bauernhof, der seit 2010 eine betreute Alten-Wohngemeinschaft beherbergt. Hinter der rosagetünchten Fassade leben zwölf alte Menschen, im Stall nebenan acht Rinder, vier Schweine, fünf Hasen und fast 70 Hühner.

Einige der Alten sitzen im Rollstuhl, andere sind noch gut zu Fuß, etwa die

## Angehörige, die in der Nähe wohnen, frisieren nicht nur die eigene Oma.

79-jährige Agnes. Sie holt gern die Gänse von einer Wiese am Ortsrand und führt sie dann an der Kirche vorbei bis in den Stall auf dem Hof. Von außen wirkt die Alten-WG wie ein Idyll für naturverliebte Rentner.

Innen erkennt man, dass Altwerden hart sein kann: Eine Frau bricht in Tränen aus, weil sie glaubt, nicht schon vor Monaten, sondern gerade erst gestern in den Hof eingezogen zu sein und niemanden dort zu kennen. Eine ebenfalls demente Mitbewohnerin wartet sehnsüchtig auf den Besuch ihrer Eltern, die lange tot sind. Eine andere klagt darüber, dass sie immer mehr Hilfe brauche, beim Aufstehen, beim Waschen, beim Essen. Und doch scheint es sich vergleichsweise an-

genehm leben zu lassen auf dem Bauernhof im Westerwald. Wie in allen guten WGs sind Küche und Esszimmer dort Mittelpunkt des Gemeinwesens. Wer noch fit ist, hilft beim Kochen und anschließend auch mal den pflegebedürftigen Mitbewohnern beim Essen.

Angehörige, die in der Nähe wohnen, frisieren nicht nur die eigene Oma, sondern setzen sich auch zum Schwätzchen mit deren Mitbewohnern zusammen – mit Friedhelm zum Beispiel, genannt Fitti, der mal Bäcker war und prima Heferezepte kennt.

„Das Schöne hier ist, dass man oft gar nicht unterscheiden kann, wer Angehöriger ist, wer zum festen Betreuungspersonal gehört und wer vom Pflegedienst kommt“, sagt die Altenpflegerin Cornelia Licht. Die 49-Jährige hat vor einigen Jahren ein klassisches Altenheim geleitet, mit 75 Bewohnern, hohem Zeitdruck und „Fließbandabfertigung“, wie sie es nennt. Das WG-Konzept auf dem Bauernhof findet sie „beispielhaft“.

Die Idee entstand aus einer doppelten Notlage. Als seine mittlerweile 90-jährige Großmutter nach einem Krankenhausaufenthalt ein Pflegefall wurde, stand Hofbesitzer Guido Pusch, 39, vor gleich zwei Problemen: Wer kümmert sich um die Oma, und was wird aus den rund 240 Jahre alten, großen Hofgebäuden, in denen die alte Frau geboren wurde?

Dann merkte Pusch, dass in der Kombination beider Probleme deren Lösung stecken könnte. Er sanierte das Bauernhaus, baute Treppenlifte ein, vermietete zunächst sieben Zimmer, seit Anfang 2012 weitere fünf in einem neuen Anbau. Je nach Größe kostet laut Pusch ein Zimmer zwischen 1100 und 1200 Euro, inklusive Verpflegung und der Zusicherung, dass mindestens eine Betreuungsperson rund um die Uhr anwesend ist.

Wer bettlägrig wird oder fachgerechte Pflege braucht, schließt einen Zusatzvertrag ab, zum Beispiel mit Cornelia Lichts Pflegedienst, der dann je nach Bedarf ins Haus kommt und die Kosten dafür direkt mit der Pflegeversicherung abrechnet. Im Unterschied zum klassischen Altersheim gibt es beim WG-Konzept also relativ wenig festes Personal und geringe Kosten für Verwaltung.

Doch kann ein solches Konzept wirklich auch in der Stadt funktionieren? Der Mainzer Politiker Hering ist optimistisch: Alten- und Pflege-WGs seien überall möglich, etwa in Form von Genossenschaftsmodellen oder initiiert von gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. „Wichtig ist nur“, sagt Hering, „dass wir uns endlich mal Gedanken machen, wie wir die Ressourcen der Familien, der Nachbarschaft und der Bewohner viel besser nutzen können als bisher.“

MATTHIAS BARTSCH,  
FIDELIUS SCHMID, ANTJE WINDMANN